

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 12 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 10 Mark, Reklame 30 Mark, für Verfammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Der Segen treuer Pflichterfüllung

Still geh' du deinen stillen Pfad
Und achte nicht des Lohns der Erde,
Froh hoffend, streue deine Saat,
Dass sie dereinst gedeihen werde.

Brichst du auch selbst die Früchte nicht
All deiner Sorgen, deiner Mühen:
Die Seligkeit erfüllter Pflicht
Wird dir aus Kampf und Not erblühen.

A. Zriebler.

Eine Gewerkschaftspflicht

Wer will heute leugnen, daß die Arbeiterchaft zur Verteidigung ihrer Existenz schwerer denn je zu kämpfen hat? Jeder weiß, daß der zur Verteilung kommende Gütervorrat unserer deutschen Volkswirtschaft von Jahr zu Jahr und von Monat zu Monat kleiner geworden ist. Nur diesen Vorrat herum stehen die einzelnen Stände und Schichten unseres Volkes, die ihren Anteil heischen: der Bauer, der industrielle Unternehmer, der Händler, der Hand- und der Kopfarbeiter, nicht zuletzt der Beamte und schließlich die große Schar der Alten und Schwachen, die ein Leben voll Arbeit und Mühe für uns bereits hinter sich, ihre Hoffnung auf einen geruhigen Lebensabend längst beiseite gestellt haben und dankbar sind, wenn sie ein kümmerliches Leben voll Not und Entbehrung weiter fristen können. Wer glaubt heute noch daran, daß dieser Verteilungsprozess nach Recht und Gerechtigkeit vor sich geht, wer weiß vielmehr nicht, daß im wirtschaftlichen Leben unserer Tage mehr als je zuvor Macht vor Recht geht, und der Schwache einer gefährlichen Wälfur des Starren fast rutzungslos preisgegeben ist? Man mag diese Tatsache so hart verdammen wie man will, man schafft sie damit — im Augenblick jedenfalls — gewiß nicht aus der Welt, es gilt vielmehr, die eigenen Maßnahmen dieser Tatsache entsprechend einzurichten und den Kampf gegen diese Gewaltmächte des Egoismus anzunehmen.

So müssen insbesondere wir Arbeiter heute heftiger denn je gegen die täglich mehr erstarkenden Kreise von Industrie, Handel und Landwirtschaft ankämpfen, die als die Stärkeren unseren Anteil an dem Ertrag der gemeinsamen Arbeit zu ihren Gunsten mehr und mehr zu schmälern trachten. In den Gewerkschaften haben wir uns mächtige Organisationen zur Abwehr solcher Angriffe auf unsere und unserer Familien Existenz geschaffen. In den Gewerkschaften besitzen wir treue Verbündete, die uns vor ruchloser Ausbeutung bewahren und unseren Existenzkampf erleichtern. Zweifellos bilden die so von uns geschaffenen Organisationen an sich Machtfaktoren von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Demgegenüber aber sind wir in manch anderer Beziehung schwach, um nicht zu sagen ohnmächtig. In den politischen Parteien ist unser Einfluß gering. Eine sehr gewichtige „öffentliche Meinung“ übergeht geflissentlich unsere Interessen. Wollen wir die in jahrelanger mühevoller Kleinarbeit von uns errungene Position in der gestiegenen Hitze des Wirtschaftskampfes behaupten, so müssen wir danach trachten, diese Schwächen auszugleichen. Wir brauchen stärkeren Einfluß in den politischen Parteien und größere Berücksichtigung in der „öffentlichen Meinung“.

Zur Erfüllung dieser dringlichen Aufgaben wurde vor bald zwei Jahren unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ geschaffen. Ueber seine hervorragende Bedeutung und die Dienste, die er uns in diesen Jahren zähren Kleinkrieges geleistet hat, herrscht Einstimmigkeit in unseren Reihen. Nun bedroht die beispiellose Steuererhöhung und der schamlose Papierwucher auch seine Existenz. Wollen wir ihn sang- und klanglos entschimmern lassen? — Was können wir dadurch gewinnen und was verlieren?

Der Gewinn ist schnell aufgezeigt. Das Eingehen des „Deutschen“ erspart uns die Ausgabe des Bezugsgebeldes, dessen Höhe für den Monat Januar 950 Mark, das heißt den Verdienst für 3 bis 4 Arbeitsstunden beträgt. — Wer vermag aber das zu ermessen, was wir verlieren? Es ist kaum zuziel behauptet, daß der „Deutsche“ wohl die einzige Zeitung im deutschen Vaterlande ist, die unserer wirtschaftspolitischen Einstellung in vollem Umfange Rechnung trägt. Die üblichen Parteiorgeane sind dazu keinesfalls in der Lage. Ihre wirtschaftspolitische Einstellung ergibt sich aus der gerade marktgängigen Parteitaktik, die auf unsere Interessen im allgemeinen keine Rücksicht zu nehmen beliebt. Wo sind die Parteiblätter, die ihre Spalten willig unseren grundsätzlichen Forderungen der christlichen Gemeinwirtschaft öffnen? Wo ist man gewillt, mit aller Klarheit und Offenherzigkeit gegen die offenliegenden Geschwüre unserer Wirtschaft etwas zu unternehmen? Wo kämpft man ehrlich gegen die Auswucherung des Volkes durch Handel, Industrie und Landwirtschaft? Wo fühlt man sich nicht bemüht, über den Skandal des Raubstoffwuchers schweigend den Mantel der christlichen Nächstenliebe zu decken? Hier verlagert unsere Tagespresse in großem Umfange, die aus allen möglichen und unmöglichen Gründen, die hier nicht näher untersucht zu werden brauchen, sich um die einseitige Behandlung derartiger lässlicher Fragen zu brücken pflegt. Dem es deshalb als christlichem Gewerkschaftler ernst damit ist, unseren wirtschaftspolitischen Bestrebungen zu einem praktischen Erfolge zu verhelfen, wer es einzieht, daß die Gewerkschaftsarbeit sich nicht in der mechanischen Tätigkeit einer Lohnbewegungsmaschine erschöpft, sondern weit darüber hinaus sich ihrer Aufgabe als Organ der Volkswirtschaft bemußt sein muß, wer sich über die Bedeutung der „öffentlichen Meinung“ im politischen Leben der Gegenwart klar ist, schließlich jeder, dem es um unsere Gewerkschaftsjache wirklich ernst ist, der jede Stärkung unserer Bewegung freudig begrüßt — kurz jeder einsichtige und überzeugte Gewerkschaftler wird und muß bereit sein, für die Erhaltung unserer Tageszeitung die größten Opfer zu bringen. Gewiß ist die finanzielle Last schwer. Aber wie viele Zehntausende christlicher Gewerkschaftler gibt es heute noch, die Bezahler irgendeines farblosen oder Parteiblattes sind, während sie sich weigern, den „Deutschen“ zu beziehen. Da muß einmal ganz offen gesagt werden, sozial Opfer kann mit Recht von den Kollegen verlangt werden, daß sie jetzt in den Stunden der Not unser eigenes Organ, das für unsere gefährdeten wirtschaftlichen Interessen unermüdet im Kampfe steht, unter keinen Umständen im Stich lassen. Laßt man sich über die Bedeutung dieser Forderung nicht. Muß der „Deutsche“ infolge unserer Gleichgültigkeit in absehbarer Zeit sein Erscheinen einstellen, werden wir die Folgen sehr bald am eigenen Körper zu spüren bekommen.

Wer deshalb als echter christlicher Gewerkschaftler kämpft gegen den Mammonismus und Materialismus unserer Tage, gegen Klassenhaß und zerfetzenden Parteihader, wer den Gewerkschaftskampf verstärken will für die Sicherung unserer eigenen Existenz und die unserer Familien, der bewahre gerade jetzt unserer Zeitung die Treue. Wer ihr aber diese Treue bricht, wer jetzt gleichgültig an der Not unserer Zeitung vorbeigeht, der handelt unseren Gegnern zu Gefallen. Er verschafft der Presse aller derer, die einer wirklichen deutschen Volksgemeinschaft, der Voraussetzung zu Deutschlands wirtschaftlicher und sozialer Gesundung, aus egoistischen Gründen und Unverstand entgegenarbeiten, eine Monopolstellung in der Beherrschung der öffentlichen Meinung.

Nun möge man wählen. Das Ergebnis wird beweisen, ob unsere Kollegen noch fähig sind, die Lebensaufgaben unserer Bewegung und damit ihre eigenen Existenzgrundlagen zu sichern — oder nicht!

Steuerabzug und Geldentwertung

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Unzufriedenheit über die Auswirkung der Reichseinkommensteuer infolge der Geldentwertung wächst bei den Gehalts- und Lohnempfängern von Tag zu Tag. Die Stimmen mehren sich, welche offen zur Steuerabstoge auffordern. Aber nicht so sehr in den Kreisen der Jugendlichen kommt diese Stimmung zum Ausdruck, als gerade bei den kinderreichen Familienvätern. Diese haben ganz besonders unter der Steuerlast zu leiden, wie nachfolgendes Beispiel beweist.

Ein Arbeiterfamilienvater von sechs Kindern hatte auf Grund seines Tariflohnes (acht Stunden und 26 Arbeitstage zugrunde gelegt), im Januar d. J. 2912 Mk. Einnahme und an Steuer zu zahlen 86 Mk. oder 2,9 % seines Einkommens. Der Tariflohn im Dezember bei der gleichen Arbeitszeit macht 70720 Mk. aus. An Steuer sind jetzt aber zu entrichten 6420 Mk. oder 9,07 Prozent des Einkommens.

Die Lohnsteigerung beträgt das 24,2fache, die Steigerung der Steuer aber das 74,7fache. Demnach zahlt der Arbeiter im Dezember 4339 Mk. mehr wie im Januar 1922.

Ein Arbeiter mit acht Kindern und gleichem Lohn brauchte im Januar 1922 keine Steuer zu zahlen. Im Dezember zahlt er jedoch 6262 Mk. oder 8,7 Prozent des Einkommens als Steuer. Besser als diese beweisen die Zahlen die Ungerechtigkeiten und Härten des jetzigen Systems. Verlangt muß werden eine schnellere Anpassung der abzugsfähigen Beträge an die Geldentwertung.

Geoffentlich wird der Steuerauschuß recht bald die herabgesetzten Mägen der Lohn- und Gehaltsempfänger abstellen, um nicht noch wehr Stoff zur Unzufriedenheit zu geben.

E. H. Hauschen.

Die Klagen und Forderungen, die in der vorstehenden Zuschrift zum Ausdruck kommen, sind nur zu berechtigt. Bereits vor mehreren Wochen hatte sich unsere Spitzenorganisation mit einer Eingabe im Sinne der Wünsche des Kollegen Hauschen an die Regierung gewandt, leider ohne Erfolg. Jetzt ist unser Deutscher Gewerkschaftsbund mit einer neuen Eingabe an den Steuerauschuß des Reichstages herantretten. Es heißt darin:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat am 10. November d. J. Vorschläge zur Aenderung des Reichseinkommensteuergesetzes gemacht. Die allmähliche Anpassung der Gehälter und Löhne an die Geldentwertung führt zu Lohnsummen, die wohl schon im ersten Viertel des nächsten Kalenderjahres im Durchschnitt 80 000 bis 100 000 Mk. monatlich betragen werden. Diese Anfang November noch nicht völlig zu überschende Verschlechterung unserer Währung macht die Anpassung des für 1923 zu best. stehenden Steuertarifs an die Entwertung der Mark notwendig. Aus der Erwägung heraus bitten wir den Steuerauschuß des Reichstages, nachstehende Vorschläge zu überarbeiten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund beantragt, mit Wirkung vom 1. 1. 23:

1. die Grenze des nicht zu veranlagenden Einkommens aus Lohn oder Gehalt, bei Erfüllung der Vorschrift des § 46, auf 1 200 000 Mk. zu erhöhen und den Steuertarif (§ 21) so zu gestalten, daß der Einkommenssteuersatz bis zum Einkommen von 1 200 000 Mark 10 v. H. beträgt.
2. Der Ermittlungssatz nach § 26, Abs. 1, Buchstabe a, ist auf 2100 Mk. zu bemessen und die Zahl 400 000 auf 1 200 000 zu erhöhen.
3. Der Ermittlungssatz nach § 26, Abs. 1, Buchstabe B, ist auf 14 400 Mk. zu erhöhen.
4. In § 26, Abs. 1, Ziffer C, ist die Zahl 200 000 durch 400 000 zu erhöhen.
5. In § 26, Abs. 2, ist die Ziffer 800 000 auf 1 200 000 zu erhöhen.
6. Der Betrag der nach § 46 Abs. 2, Ziffer 3, zur Abgeltung der nach § 13, Abs. 1, Nr. 1-7 abgesetzten Werbungskosten ist auf 12 000 Mk. für das Jahr zu erhöhen.

Für das Jahr 1922 ist die Grenze des nicht veranlagungspflichtigen Einkommens, sofern die Vorschriften des § 46 erfüllt sind, auf 400 000 Mark heranzusetzen und der Steuertarif entsprechend zu ändern. Für die Zeit vom 1. November bis 31. Dezember 1922 sind für die zulässigen Abzüge folgende Beträge festzusetzen:

nach § 26, Absatz 1, Buchstabe A . . .	200,—	monatlich
§ 26, 1, B . . .	500,—	
für Werbungskosten	300,—	

Die in der Regierungsvorlage für 1922 vorgesehene Grenze von 250 000 Mk. ist im Hinblick auf die von der Geldentwertung erzwungene Erhöhung der Lohnsummen im letzten Vierteljahr 1922 zu gering bemessen. Ihre Beibehaltung würde dazu führen, daß noch Hunderttausende Lohn- oder Gehaltsempfänger, deren Jahresverdienst durch die Geldentwertung in den Monaten Oktober-Dezember auf über 250 000 Mk. gestiegen ist, veranlaßt werden müßten, was wiederum einen außerordentlichen Arbeitsmehraufwand bei den Finanzämtern bedeuten würde.

Die gewaltige Steigerung aller Preise, verschärft durch die Wirkung der Umsatzenener, trifft mit besonderer Schärfe die Familien, die aus dem Arbeitseinkommen Kinder aufzuziehen haben. Aus allen Gründen halten wir eine wesentlich härtere steuerliche Berücksichtigung dieser Familien für ein Gebot unbedingter Notwendigkeit.

Die von uns erbetene Erhöhung des Pauschalsjahres für Werbungskosten rechtfertigt sich aus der starken Steigerung der Beitragssätze für alle Versicherungsleistungen und aus dem sprunghaften Anziehen der Preise aller Verkehrsunternehmungen. Dieser Entwicklung, die noch keineswegs abgeschlossen ist, trägt die Regierungsvorlage bei weitem nicht genügend Rechnung.

Sie wie erfahren, ist in der Sitzung des Steuerausschusses am 7. Dezember ein von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft eingebrachter Abänderungsantrag zur Regierungsvorlage, der im wesentlichen den vorstehenden Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes entspricht, angenommen worden. Wir werden in der nächsten Nummer der „Baugewerkschaft“ darüber berichten.

hinten den Kulissen des Baustoffwuchers

Mit einer Deutlichkeit, die wirklich nichts zu wünschen übrig läßt, schildert der „Holzmarkt“ — eines der wenigen Händlerorgane, die ehrlich gegen alle unlauberen Praktiken auch im eigenen Lager Sturm laufen, ohne sich um das Geschrei der auf die Höhenrängen getretenen Standesgenossen zu kümmern — die üblen Vorgänge, die sich unter dem Schleier der Geldentwertung in weiten Kreisen des Handels abspielen, und ihr gut Teil zu der beispiellosen Baustoffentwertung beitragen:

„Am „Holzmarkt“ wurde Ende Oktober ein Posten Nadelholz (Nollen) ausbezogen. Ein Sägewerk meldete sich als Käufer, und darauf hat A. den Posten unter genauer Spezifizierung am 31. Oktober mit 25 000 Mk. je Festmeter an. Am 4. November wurde der genau gleiche Posten von einer anderen Firma B. dem gleichen Sägewerk zu 32 000 Mk. angeboten. Am 8. November hat Firma C. erneut genau das gleiche Holz dem gleichen Sägewerk zu 33 500 Mk. an. Am 16. November wurde dem gleichen Sägewerk der gleiche Posten schon zu 40 000 Mk. von D. angeboten. Am 23. November hat die Firma E. dem gleichen Sägewerk die Partie zu 58 000 Mk. je Festmeter an. Identität der Partie steht fest.“

Sie haben hier also innerhalb weniger Wochen für die gleiche Partie Holz, ohne daß sie vom Fleck bewegt wurde, vier verschiedene Anbieter, die zufälligerweise das Holz dem gleichen Sägewerk alle vier anboten. Man soll nicht etwa glauben, daß damit der Preis der Anbieter erstickt ist, ein Duzend weiterer Händler, die sich des Ob-jektes von ganzen 250 Festmetern Nadelholz-Nollenholz ausnahmen, wird noch vorhanden sein. Eine solche einzige Partie, die von irgendeinem im Walde erstanden ist, und an ein paar Leute ausbezogen wird,

geht oft durch Hunderte von Händen, was nicht effektiv durch Kaufschäft, aber auf dem Papier. Der eine Effekte bekommt, hat nichts Günstiges zu tun, es zwölf Briefe hinauszujagen, um zu versuchen, ob sich

nicht ein gewinnbringender Schacher treiben läßt. Und die zwölf Angebotsempfänger machen es genau so, — usw. Selber richtig kaufen und abnehmen will selten einer,

jeder will nur schachern

und versuchen, ob sich nicht an diesen 250 Festmetern durch ein bißchen Briefschreiberei ein Viertelmilliöchen oder mehr verdienen läßt, und solcher Betrag zählt zu den bescheidenen, bedeutet „nur“ 1000 Mk. Aufschlag auf den Festmeter, und die Unbescheidenen nehmen 5000, oder 10 000 Mark Aufschlag. Niemand will feiner eingehen, die Anzahlung für den Verkäufer soll der Käufer geben, der geehrte Zwischenhändler will nur sein Viertelmilliöchen oder weit mehr freundlich einstreichen, als angemessene Vergütung für seine kolossale Bemühung einer Briefschreiberei. Hunderten und Tausenden glückt es nicht bei jedem Geschäft, aber beim zehnten oder zwanzigsten, und wenn einer Pech hat, erst beim hundertsten. Die hier Leute A. bis Z., die sich im Preissteigern doch immerhin Glückliches geleistet haben, in wenigen Wochen die kleine Partie von 25 500 Mk. auf 58 000 Mk. heraufschraubten, sind nur die durch Zufall festgestellten Akteure, vielleicht melden sich noch die andern 1-2 Tausend Mitwirkenden, um das Bild zu vervollständigen. Zur Identifizierung diene, daß das Nadelholz bei Garbelegen liegt, daß die Stämme 2,5 bis 2,7 Meter lang und 20-30 Zentimeter stark sind. Es lebe der Schacher und der leichte Gewinn auf Kosten der Allgemeinheit!

Man soll nicht von uns glauben, daß wir den Handel, den solchen wirklichen Handel als etwas Ueberflüssiges ansehen: er ist unentbehrlich, existiert so lange, wie überhaupt Handel und Wandel auf Erden sich herausbilden, und wird weiter bis an das Weltende eine Notwendigkeit bleiben. Wer freilich nur der solide, gediegene Handel, nicht dieses Schieber- und Schachertum, das neben diesen Desingenschiebern am Telefon und an der Börse

das schlimmste Uebel und die hauptsächlichste Ursache der Preistreiberei

ist, die wir in diesen Zeiten erleben. Es soll sich nur einmal jeder Hoerte an die Brust schlagen, soll sich überlegen, ob er nicht in Duzenden und Hunderten von Fällen an dieser Untergrabung der soliden Wirtschaft mitarbeitet, täglich wie ich und Schachert, um Papier kaufen zu lassen. Mit dem soliden gediegenen Geschäft wollen sich heute die Wenigsten befassen, und je jünger die Firmen und deren Inhaber sind, um so glänzender verstehen sie mit den heutigen Mitteln des „modernen Geschäftsmannes“ zu „arbeiten“, der

möchtest ohne Geld und ohne Risiko mit einer Strotypistin und einem Notizbüchlehen monatlich Millionen-Verdienste raffen

Wir wissen schon, die Leute sagen: es geht ja heute gar nicht anders, zum Selbstkaufen kann man die Mittel überhaupt nicht mehr aufbringen, weil so eine lumpige Partie von 250 Festmeter Schwelken, die am 31. Oktober von einem Zufallsanbieter mit 5,3 Millionen, am 23. November von einem anderen Zufallsanbieter schon mit 14,5 Millionen angeboten wurde, so viel Geld erfordert wie selten einer hat oder gerade flüssig hat, oder samt Zubehör und Verladelohn ins Holz hineinstecken mag. Wir wissen schon, jeder schreit: ja die Geldentwertung! Wir Verkauf,

wer entwertet denn unser Geld in so schamloser Weise?

Nicht der Herr Poincaré, der immer dafür verantwortlich gemacht wird und wirklich seinen meißt recht abernen Gehalt etwas eindämmen könnte, die schlimmsten Geldentwerter der deutschen Mark sind neben den Schiffsküsten und Kaffees an den Börsen die Schieber und Schacherer im Handel. Sie sind eine Hauptursache des ganzen heutigen Übels, das sich natürlich wie eine Lamine fortplant und auch die soliden und gutmeinenden Elemente in Handel, Industrie

und Wirtschaft mitreißt oder begräbt. Man kann ja als Solider überhaupt nicht mehr mit, man ist ja gezwungen, beinahe von Tag zu Tag die Preise in die Höhe zu setzen, weil die ganze Meute von unproduktiven Schiebern und Schacherern den gebiegensten Geschäftsmann dazu zwingt, wenn er nicht in wenigen Wochen bankrott sein will. Die Folge ist natürlich, daß alle Preise steigen und steigen, der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte und jeder Konsument, ob reich, ob arm, das bezahlen muß, was die Schieber und Schacherer sich ergaunern, denn das ist der richtige Ausdruck für solche Geschäftsmächtler.“

Wir können diesen Ausführungen des „Holzmarkt“ voll und ganz zustimmen, glauben aber nicht, daß sie ausreichen, um den praktischen Zweck, nämlich die Aus-schaltung des unredlichen Handels, zu erreichen. Das ist nur damit zu erzielen, daß man den Sumpfboden entfernt, auf dem diese Giftpflanzen wachsen. Und den erblühen wir einmal in dem beispiellosen Preismacher der Hoch-schieber, dann aber auch in dem Grundgesetz des Wieder-beschaffungspreises, der dem widerlichen Treiben dieser unredlichen Händler Tür und Tor öffnet. In der Holz-wirtschaft wird so lange alles drunter und drüber gehen, bis man sich endlich, durch die immer unhaltbarer werdenden Verhältnisse getrieben, zu unserem Vorschlag des Holz-lieferungsverbandes bekehrt.

Die Lage am Geldmarkt

Die allgemeine Krise, der unsere Wirtschaft mit Riesenschritten entgegensteht, tritt bereits am Geld-markte deutlich in die Erscheinung. Die Anapropheit an Zahlungsmitteln macht sich von Woche zu Woche peinlicher bemerkbar, und dürfte gegen Jahres-schluss sich zu einer allgemeinen Kalamität entwickeln. Die Notenpresse arbeitet fieberhaft. Sie warf in den Monaten September bis November allwöchentlich ungefähr für 60 Milliarden Papiermark neue Noten in den Verkehr, und in der letzten Novemberwoche wurden sogar 110,3 Milliarden Mark neu ausgegeben. Der Banknotenumlauf der Reichsbank hat damit eine Höhe von 754,1 Milliarden Mark erreicht.

Während im vergangenen Jahre die Notenpresse als die Quelle der Geldentwertung anzusehen war, sind seit Mitte d. J. Ursache und Wirkung vertauscht. Die Geldentwertung hat, gemessen an Dollarkursen und den inländischen Warenpreisen, viel schnellere Fortschritte gemacht, als die Inflation. Im Verkehr mit dem Ausland besitzt die Mark nur noch den zweitausendsten Teil ihrer friebensmäßigen Kaufkraft. Nach den Großhandelspreisen ist sie etwa auf ein Tausendstel und nach den Kleinhandelspreisen etwa auf ein Siebenhundertstel ihres Wertes gesunken. Vor Ausbruch des Krieges waren in Deutschland ungefähr für fünf Milliarden Mark Münzen und papierne Geldzeichen im Umlauf. Damit wurden unter Zuhilfenahme des damals schon ziemlich entwickelten Scheck- und Wechselverkehrs die aus dem Warenverkehr resultierenden Zahlungen erledigt. Nimmt man nun an, daß für Gebietsverluste, Rückgang der Produktion, Verminderung des Warenverkehrs und Einschränkung des Konsums etwa 10 Prozent vom Bedarf des Verkehrs an Zahlungsmitteln zu kürzen sind, so würde sich für die heutige Wirtschaft zur Erledigung aller Zahlungen doch ein Geldumlauf von rd. 3 Milliarden Gold-mark als notwendig erweisen. Berücksichtigt man die Entwertung der Mark im Inlande, so ergibt sich ein Zahlungsmittelbedarf der Wirtschaft von 3100 Milliarden bis 3000 Milliarden Papiermark. Der gegenwärtige Gesamtumlauf an Schapanweisungen, Banknoten, Darlehenskassenscheinen, Notgeld und sonstigen Wagnaten stellt sich etwa auf 1200 bis 1250 Milliarden Mark. Hierin befindet sich noch ein beträchtlicher Teil in den Händen ausländischer Mark-spekulant.

Infolge der hohen Devisenkurse wird die Verteuerung der Rohstoffe und Lebensmittel, die Erhöhung der Arbeits-

Aus der Zunftgeschichte des Bauhandwerks

b) Die Ständesvertretung der Gesellen

Von Dr. Franz Krug.

Schon im Jahre 1670 war sowohl den Maurer- als auch den Zimmergelellten eine „Gewahne Herberg zum Stern“ durch den Rat bewilligt worden. Die Gesellen sollten dort „ihre gewöhnlichen Zeichen ausbilden“ und diese nicht ohne die Genehmigung des Rats wieder abnehmen.

Eine Separatverfassung erhielt die Ständesvertretung der Gesellen erst durch die Statuten, die im Anschluß an die Zunftstatuten der Meister seit dem Regierungsantritt des Kurfürsten Karl Philipp erlassen wurden.

Die Verfassung der Ständesvertretung der Gesellen, der Zunftgesellschaft, war der der Meister ähnlich gestaltet. In der Spitze standen die beiden geschworenen Gesellen als „Häupter“ und Landesverwalter, die in freier Wahl in das Amt berufen wurden. Ihnen oblag es, die Zunft-Verfassung in guter Ordnung zu halten, selbige von Ausschreitungen, Eifersüchlichkeiten und Empörungen abzuwehren; sie sollten auch die Angelegenheiten der Zunft-Verfassung der der Obrigkeit und vor dem Handwerk vortragen, befragen und überhaupt die Zunftgesellschaft in rechtmäßigen Dingen vertreten. Im gleichen sollen sie für das Aufhalten der Lade sorgen und Schwört nehmen, daß die Zunftmitglieder Gelder richtig angewendet und nicht überflüssig veranlagt werden.“

Bei dem Gebot, sollen sie an der Lade sitzen, ihrem Rat an Bescheidenheit vorleben, die Anwohner halten, und für ihre Amtsvorgänger, daß einer Ergötlichkeit, von der gewöhnlichen Auflage befreit sein, im übrigen aber keine Belohnung zu erwarten haben, müssen das Bischen.

gesellenamt ihnen besondere Ehre und Vorzug vor der übrigen Zunftgesellschaft bringt; sei es jedoch, daß die Bischengelellten die Zunftgesellschaft vor der Obrigkeit zu vertreten haben, so soll ihnen für jeden veräumten Tag ein Betrag von 30 Kreuzern aus der Büchse vergütet werden.“

Die Anklage zum Gebot wurde durch den Zunftgelellten besetzt. Er hatte bei versammeltem Handwerk die Aufsicht zu machen und erhielt als Entschädigung 10 Kreuzer; auch war er von der Zahlung einer Auflage befreit.

Die Zunftgesellschaft führte ein besonderes Zunftregister, in das sich jeder Geselle eintragen lassen mußte. Als Einschreibgebühr waren 24 Kreuzer zu entrichten. Die wöchentliche Auflage betrug 3 Kreuzer; davon wurde ein Kreuzer an die Zunftbüchse abgeführt, während zwei Kreuzer als Spitalgeld verrechnet wurden.

Das Zunftgebote fand alle vier Wochen Sonntags nachmittags 3 Uhr statt. (Ordnung der Zimmergelellten von 1724, Art. 1.) Es wurden daselbst zunächst die Artikel der Zunftgesellschaft und die herrschaftlichen Befehle verlesen, hiernächst die Handwerksangelegenheiten und Klagen vorgelesen, überlegt und nach besterem Urzunge darüber beschloßen.“

Besondere Vorschriften waren auch über das Verhalten beim Gebot erlassen, ferner über die Kleidung, in der der Geselle zum Gebot erscheinen mußte. „Wer den anderen beim Gebot strimpet, oder lügen heißt, flucht, schwört oder sonst nachbare Reden führt, wird für jeden Frevel mit 15 Kreuzern bestraft, vorbehaltlich der herrschaftlichen Strafe.“

„Wer bei dem Gebot tanzt, Pöbel treibet, den Zoll-hof bei sich hat, den Hut aufsetzt, oder ein Schurzfell an hat, büßet den Frevel mit sechs Kreuzern in die Büchse.“

Besondere Strafen trafen schließlich diejenigen, welche den Geboten fernblieben: 6 Kreuzer bei unentschuldigtem Fernbleiben, 1 Kreuzer, wer eine Viertelstunde nach der

angesehten Zeit kam. War das Veräumnis verschuldet durch eine unrichtige Anklage seitens des Zunftgelellten, so hatte dieser die Strafe zu zahlen.

Bei Leichenbegängnissen von Zunftangehörigen oder Angehörigen der Zunftgesellschaft waren jeweils durch die Altgelellten, d. h. die geschworenen Gesellen, acht Gesellen zum Tragen der Leiche abzuordnen. Ziel ein Leichenbegängnis auf einen Sonn- oder Feiertag, so war die Zunftgesellschaft verpflichtet, sich daran vollzählig zu beteiligen. Für ihre Bemühungen erhielten die Leichenräger und die Altgelellten 1 fl. 30 Kreuzer, später 2 fl. aus der Büchse ausbezahlt.

Zweifelloß trug die Zunftlade durch das Erheben von Beiträgen zum Spital im wesentlichen Maße dazu bei, im Krankheitsfalle von Gesellen die Not zu lindern. Wie haben aber die Ueberzeugung, daß Rat zu bedeutend mehr hätte geleistet werden können, wenn die Zunftgesellschaft ihre Einkünfte bestimmungsgemäß „nützlich“ angelegt hätte. Das Jahresfest der Maurergelellten, der St. Rochus-tag, bei dem, wie aus einer Klage der Zunftmeister hervorgeht, „oft zwei oder mehrere Tage dem Freßen, Saufen, Schwärmen und Schwälchen“ gewidmet wurden, verschlang nicht nur die Sparkreuzer der Gesellen, sondern meist auch das Zunftvermögen der Zunftgesellschaft. Auch am Neujahrstage wurden von der Zunftgesellschaft große Festgelage veranstaltet. So veranschlagte beispielsweise die Zunftmeister 1783 im ganzen 40 fl. 56 Kreuzer bei einer Jahresgesamteinnahme der Zunftlade von 53 fl. 53 Kr.

Durch die Zunftordnung der Hauptstadt Mannheim vom Jahre 1834 (17. Mai) wurden alle bis dahin erlassenen Zunftordnungen aufgehoben, die Orden dagegen weiter beibehalten. Das Recht der Meister, den Gesellen rüchliche Auflagen, auferlegte Strafen und die Beiträge zu den Spitalkosten am Lohn zu kürzen, wurde durch jene Ordnung beschränkt, ein Rückbehaltungsrecht nur hinsichtlich des Spitalgeldes zugestanden.

ohne und der Börsenkurse vorläufig noch weitere Fortschritte machen. Es ist also noch auf lange Zeit mit einer Steigerung der Inflation in Folge des starken Geldbedarfes unserer Wirtschaft zu rechnen. Das größte Unglück besteht darin, daß es weder der Reichsbank noch den Großbanken (die übrigens fast alle für die Börse arbeiten) gelingt, den Wechsel wieder in seine Rechte einzuziehen. Der Bestand der Reichsbank an Wechseln und Schecks betrug nach dem letzten Ausweis 247 Milliarden Mark, das ist für heutige Verhältnisse ein recht geringfügiger Betrag. Verschärft wird die Situation noch dadurch, daß das Reich dank der bisher sehr spärlichen Steuereinzahlungen sich in ständiger Geldflut befindet und immer wieder die Hilfe der Notenpresse in Anspruch nehmen muß. Sind doch allein in der letzten Novemberwoche der Reichsbank für 79,5 Milliarden Mark neue Reichsschuldscheine zugesprochen, für die natürlich Papiergeld zur Verfügung gestellt werden muß.

Wenn es nicht gelingt das Reich von einem großen Teile der Reparationsleistungen und sonstigen unproduktiven Zahlungen zu entlasten und der Marktentwertung durch Auslandanleihen einen Riegel vorzuschieben, so treiben wir einer Geldkatastrophe und in Verbindung damit einer allgemeinen Stockung in der Warenherstellung und im Warenverkehr entgegen.

Allgemeine Rundschau

Das Rheinland bleibt deutsch!

Die am 6. Dezember tagende Sitzung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nahm folgende Entschliessung an:

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands teilt die Sorgen und die Enttäuschung, die die gesamte Mitgliedschaft seiner Verbände mit der übrigen Bevölkerung im besetzten Gebiete infolge der neuerlichen Bedrohung des Rheinlandes durch den italienischen Imperialismus erfüllen. Der Vorstand des Gesamtverbandes wird seine ganze Kraft mit einsetzen, um diesen neuesten Anschlag Frankreichs zurückzuweisen. Das Rheinland ist deutsch und wird deutsch bleiben. Die Achtung des Weltgewissens vor der nationalen Verbundenheit des rheinischen Landes und der rheinischen Bevölkerung mit dem Reich und dem gesamten deutschen Volk muß, so vertrauen wir, stärker sein, als die jedes sittlichen Rechtes baren Machtgelüste Frankreichs. Deutschland muß zudem, nicht zuletzt auch im Interesse der gesamten Weltwirtschaft, wirtschaftlich wieder zur Gesundheit kommen. Der Griff nach dem Rheinland aber würde den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und damit Europas nur noch vervollständigen.

Es ist genug der Vergewaltigung des Reiches! Es ist genug des Leidens und der Not! Jetzt muß aufgebaut und nicht neu zerstört und zerrissen werden. Der Vorstand des Gesamtverbandes vertraut darauf, daß die christliche Arbeiterschaft des Rheinlandes ihr edlen Wettstreit mit der übrigen rheinischen Bevölkerung nach wie vor in unerbittlicher Treue festhält am einigen Vaterland. In dieser Festigkeit müssen Frankreichs Macht- und Zerstörungspläne zerschellen.

Die Steuererhöhung im November — 102 Prozent Steigerung

Ueber die Steuererhöhung im November 1922 wird mitgeteilt: Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist die Lebenshaltungskostenindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) von 22066 im Oktober auf 44610 im Durchschnitt des Monats November, mithin um 102,2 Prozent gestiegen. Die Indexziffer ohne die Bekleidungskosten, die im Oktober 1920 betrug, hat sich auf 40047 erhöht; die Steigerung beträgt 103,3 Prozent. Die Indexziffer für die Bekleidungskosten allein ist um 91,8 Prozent auf 74162, die für die Ernährungsausgaben um 106,5 Prozent auf 54982 gestiegen.

Warum keine Friedensgoldlöhne?

Auf diese Frage gibt Minn Reihmann im „Korrespondenzblatt“ des sozialistischen Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes folgende Antwort:

„Das deutsche Volk produziert heute schätzungsweise 25 v. H. weniger als vor dem Kriege. Das bedingt schon eine Erniedrigung des Arbeitslohnes um diesen Prozentsatz. Dazu kommen 10 v. H. direkte Steuern, 10 v. H. indirekte Steuern, eine weitere 10proz. größere Ausbeutung der Konsumenten durch das Händleramt als vor dem Kriege (das sich gegenüber 1914 um mehr als 100 v. H. vermehrt hat), so daß schon nach dieser Berechnung vom 100proz. „Existenzminimum“ des Friedens nur noch 45 v. H. für heute übrig bleiben. Die deutschen Lohnempfänger können also unter den heutigen Verhältnissen noch nicht die Hälfte von dem verbrauchen, was sie im Frieden verbrauchten. Dazu kommt die ungeheure Belastung des deutschen Volkes durch die Reparation. Das deutsche Volkseinkommen wurde 1913 auf etwa 40 Milliarden Goldmark geschätzt. Davon wurden etwa 30 Milliarden verbraucht. 5 bis 10 Milliarden Goldmark wurden zur Bildung von Neukapital in den Sparkassen, Banken usw. angelegt. Selbst wenn wir nun annehmen, daß das gesamte deutsche Volk heute um 20 v. H. schlechter leben könne als im Frieden (also schlechter essen, schlechter wohnen, sich schlechter kleiden, weniger Kulturbedürfnisse befriedigen usw.), und wir hätten bei 25proz. Produktions-

Am 16. Dezember 1922 ist der einundfünfzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

verminderung der deutschen Wirtschaft ein Gesamteinkommen von 30 Milliarden Goldmark, so blieben nach Abrechnung des Verbrauches (24 Milliarden) noch 6 Milliarden, die vollständig aufgebraucht würden zur Instandhaltung für die innere Schuld Deutschlands und für die Reparationsleistung. Aber wie die wirklichen Verhältnisse zeigen, ist diese oberflächliche Berechnung viel zu günstig und das gesamte Existenzminimum der 60 Millionen Menschen in Deutschland müßte ganz bedeutend niedriger angesetzt werden als 20 v. H. unter dem Friedensstandard.

Wenn eine feste Rechnungswährung zur Grundlage der Lohnberechnung gefunden werden soll, so kann sie nur gefunden werden durch die Gesamtberechnung der Produktionsleistung des gesamten deutschen Volkes. Mit der Hebung oder Senkung dieser kann dann auch nur das Existenzminimum und weiterhin die Grundlage für die Berechnung des Arbeitslohnes gefunden werden, und die Anforderungen der Gewerkschaften, die Lebenslage der Arbeiter zu heben, werden zuletzt doch nur Erfolg haben können, wenn die Arbeitsleistung des Volkes gehoben werden kann.

Das ist aber auf zweierlei Art möglich. Entweder unter Aufrechterhaltung der bisherigen anarchischen Wirtschaftspolitik, die nicht zurückzuführen

Opferwille

ist die Voraussetzung aller erfolgreichen Verbandsarbeit. Nur eine unserer Stundenlöhnen entsprechende Erhöhung der Beiträge seitens aller Verbandsmitglieder

führt zur Stärkung unserer Verbandskasse, der unerlässlichen Grundlage kraftvoller Verbandsarbeit. Sie bringt uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, eine Lebensgemeinschaft aller christlich-nationalen Arbeitnehmer, Gleichberechtigung als Berufs- und Staatsangehörigen, Sicherheit und Schutz im Lebenskampfe. Höhere Beiträge fordert daher unser Verband nicht für sich von unseren Mitgliedern, sondern nur

zu ihrem eigenen Besten.

wird, die tägliche Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden zu verlängern, ohne Lohnaufbesserung — und sie wird das tun, sobald das immer mehr sich verschärfende Glend den Widerstand der Arbeiter gebrochen haben wird, oder

durch eine Umwandlung der bisherigen Wirtschaftspolitik in eine planwirtschaftliche Produktionspolitik in der der Achtstundentag beibehalten werden soll, aber die anarchischen, zerstörenden Geleise der heutigen Wirtschaft ausgeschaltet worden sind.

Die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen auf diesen Punkt zu lenken und in dieser Richtung zu wirken, erscheint uns notwendiger, als über „Goldlöhne“ zu diskutieren. In der heutigen Wirtschaft können wir keine „Goldlöhne“ fordern, weil sie niemand bezahlen kann. Aber auch in einer Planwirtschaft würde es lange Zeit währen, ehe wirklich höhere Reallohne bezahlt werden könnten.“

Mehrleistung — eine seelische Frage

Daß dem deutschen Volke eine Steigerung seiner Gütererzeugung dringend notwendig ist und hierbei auch der Arbeiterschaft besondere Pflichten entstehen, haben wir in der letzten Zeit wiederholt betont. Die von der Arbeiterschaft verlangte Mehrleistung ist aber zumeist eine seelische Frage. Diese Feststellung macht der Münchener „Arbeiter“ und er begründet sie wie folgt:

„Hoffnungsfreudiges Vertrauen auf die Zukunft erleichtert auch der Arbeit Schwung. Das sollten sich diejenigen merken, die uns einst das Schicksal von Versailles auferlegt haben und sich jetzt über die Arbeitslosigkeit in Deutschland beklagen. Die Statistik hat einseitig festgestellt, daß ein englischer Landarbeiter in zehnstündiger Arbeitszeit mehr leistet, als zwei russische Ruschiks an ihrem endlosen Arbeitstage zusammen. Wenn man unsere Arbeiter durch einen unmöglichen „Frieden“ zur Rolle von Rindern herabdrückt, wenn jede Mehrleistung nur Fremde bereichert, wenn alles Cripate dahinstreift wie Schnee auf dem warmen Eise, wenn für das heute lebende Geschlecht gar keine Hoffnung leuchtet, daß es einmal aufwärts gehen könnte, dann ist es schwer, von Arbeitstrennung und Mehrleistung zu sprechen. Da kann nur das Pflichtbewußtsein des echten Christen, die Liebe zur gemeinsamen Heimat und die Vater Sorge um das heranwachsende Geschlecht zur Mehr-

leistung führen, nimmer aber die Klagenpeitsche des Versailles Friedens oder die Hagier dividendenbesagter Industrieller.

Heutzutage zeigt sich immer mehr die gesunde christliche Auffassung der Arbeit durch, und die Leistung ist im Steigen. In der Vierteljahresschrift „Die Wirtschaftskurve“ (Frankfurt 1922) sind Berichte gegeben über die Leistung von 26 verschiedenen Arbeitsgruppen aus den Jahren 1914 und 1919 bis 1922. Die Untersuchungen zeigten, daß allerdings die Leistungen im Jahre 1919 in allen Betrieben gewaltig zurückgingen. Arbeitslosigkeit, politische Wirren und Hysterien und Betriebsratsangelegenheiten spielten dabei die Hauptrolle. Aber mit 1921 setzt ein Umschwung ein, und bereits 1922 ist in 20 von 26 Betrieben die Friedensleistung erreicht, zum Teil sogar erheblich überhöht. Es wäre besser, das anzuerkennen, als unbedeutend von Sachkenntnis über die „Zartheit“ der Arbeiter zu schimpfen. Die Industrie sollte sich beruhigen. Die Mehrleistung ist auf dem Wege, und sie wird noch rascher und stärker kommen, wenn eine kluge Arbeiterpolitik auch die Seele der Arbeiter zu gewinnen weiß.“

Musikprofessor und Maurer

In gewissen Kreisen, so schreibt der „Arbeiter“, Organ der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, ist es Mode geworden, ja, es gehört sogar zum guten Ton, sich über die „hohen Löhne“ und die „großen Rechte“ der Arbeiter zu entrichten. Es werden Vergleiche im Einkommen der einzelnen Arbeiter zu anderen Berufsständen gezogen, und wenn es sich zeigt, daß der Maurer, der Sanitärarbeiter oder sonst ein Handwerker zufällig höheren Stundenlohn hat, wird mit Spott oder Entrüstung gegen die „ungerechte Entlohnung“ gewettert. Versteht und offen beteiligen sich auch gewisse Zeitungen an dieser Sache, anstatt den betroffenen Kreisen zu sagen, wie sie sich selbst am besten helfen können. Ein Beispiel, wie durch Spott gegen die Arbeiter gehetzt wird, bietet folgende Notiz, die von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ausgeht, die Kunde durch die deutsche Presse macht. Unter der Aufschrift: „Ja, Professor, das ist was anderes“, wird geschrieben:

„In einem Münchener Musikerverein, der den Professorentitel hat, kommt — so erzählen die „M. N.“ — ein Maurer. Er will seiner Tochter, da er es „so jetzt hat“, eine bessere Erziehung geben lassen. Vor allem soll das Fräulein Klavier spielen lernen, aber richtig: Ja — und was das jetzt kostet, es komme ja nicht so sehr auf den Preis an; so zwei oder drei Stunden die Woche, wie halt der Professor meine. Der Professor erklärt sich bereit, er sei erfreut, auch in diesen Kreisen höhere Bestrebungen zu finden. Das müsse man unterstützen und er wolle daher gerne auch seinerseits entgegenkommen und den Preis einfach nach dem Stundenlohn des Herrn Vaters festlegen. — „Da hört sich doch alles auf!“ hört es ihm entrückt entgegen. „So a unverschämte Forderung, für a Klavierstudium!“ Und schimpfend verläßt der Mann den unbedeutenden Professor.“

Die Absicht dieser offenbar erfundenen Geschichte ist klar; man will damit, daß ein Maurer zwar selbst viel verdient, im Gelde schwimmt, aber dem armen Professor den Arbeiterstundenlohn vorenthält. Die Wirkung dieses Schwindels ist gar nicht abzusehen. Daß und Reid wird auf diese Weise gegen die Arbeiterschaft geizig. Selber zeigen uns Beispiele, daß selbst Arbeiter solchen Notizen lauben schenken und mit in den Chor der Entrüsteten einstimmen. Es ist Pflicht unserer Vereine und Mitglieder, gegen solche Gehartikel, wo sie erscheinen, scharf Stellung zu nehmen.

Wirtschaftliche Bewegung

Feuerungs- und Schornsteinbaugeverbe

10. Festsetzung der Löhne

Gemäß V B 3 des Reichslohn- und Arbeitsstatutvertrages für feuerungstechnische Arbeiten vom 3. März 1922 werden folgende Sätze festgesetzt:

1. Von der Lohnwoche, in welche der 2. Dezember fällt, wird der Grundlohn für Norddeutschland auf 292,43 M. für Süddeutschland auf 257,80 M. festgesetzt. Danach stellen sich die zu zahlenden Löhne einschl. Gehaltsgeld wie folgt:

	Norddeutschland	Süddeutschland
Feuerungsmaurer	321,70 M.	293,60 M.
Schornsteinmaurer	365,55 „	322,25 „
Schornsteinmaurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind	356,80 „	314,55 „
Feuerungshelfer	307,05 „	270,70 „
Schornsteinhelfer	336,80 „	296,50 „

2. Die Reiseentschädigung wird vom 2. Dezember 1922 wie folgt berechnet:

Der feste Satz	321,70 M.	293,60 M.
Kilometergeld	13,53 „	12,25 „

Die Spannung an den einzelnen Punkten zwischen Hochbaumaurerlohn einerseits und Facharbeiterlohn andererseits soll derartig sein, daß der Feuerungsmaurer stets 5 Prozent, der Schornsteinmaurer stets 10 Prozent über dem Hochbaumaurerlohn erhält. Helfer erhalten in diesem Falle den Hochbaumaurerlohn. Gehaltsgeld, Begegelt sind mit einbegriffen.

Aus dem Verbandsleben

Genossenschaftliches

Vom. Infolge der anhaltenden Teuerung und Geldentwertung haben sich Vorstand und Aufsichtsrat unserer Genossenschaft geeinigt, eine Erhöhung der Geschäftsanteile vorzuschlagen. Am 26. November fand eine außer-

ordentliche Generalversammlung statt, in der auf Vorschlag einiger Mitglieder die Erhöhung der Geschäftsanteile auf 10 000 M beschlossen wurde. Wenn auch dieser Betrag für einen Teil der Mitglieder sehr hoch erscheint, so ist denjenigen, die den Beitrag nicht auf einmal einzahlen können, Gelegenheit gegeben, denselben in Raten zu entrichten. Wägen alle Mitglieder der christlichen Bauvereine treu zu den Einrichtungen, die sie im Leben gerufen haben, halten und ihre Opferwilligkeit zeigen, damit auch die Bauproduktivgenossenschaften die augenblickliche schwere Zeit gut überstehen.

Glabbek i. W. Unsere Bauproduktivgenossenschaft „Baugewerkschaft“, erst im März dieses Jahres gegründet, hat sich in kaum halbjähriger Tätigkeit zu einem achtunggebietenden Faktor im hiesigen Baugewerbe entwickelt. Die am 5. November stattgefundene Generalversammlung legte hier von Beredtes Zeugnis ab. Mit einem großen Millionenobjekt (einer 36klassigen Schule) begann im Mai das junge Unternehmen seine praktische Tätigkeit. In kurzer Zeit folgte das zweite Millionenobjekt in dem Bau einer weiteren Schule. Zum grenzenlosen Erkennen der Glabbeker Unternehmer wurde der „Baugewerkschaft“ auch noch der Bau des Finanzamtes übertragen, ebenfalls mit über 120 Millionen veranschlagt. Um weitere Unterstützung der Genossenschaft zu gewährleisten, beschloß die dort besuchte Generalversammlung einstimmig, den Geschäftsanteil auf 10 000 M zu erhöhen, so daß das Stammkapital mehrere Millionen beträgt. Dieser Beschluß ehrt unsere Glabbeker Genossenschaftler, er ist ein Beweis für den vorbildlichen Genossenschaftsgeist, der in der Glabbeker Genossenschaft herrscht.

Frankfurt a. M. Unsere am 1. März d. J. gegründete Bauproduktiv-Genossenschaft trat am 15. November zu einer außerordentlichen, gut besuchten Generalversammlung zusammen. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß die bei Neugründungen sich einstellenden Schwierigkeiten glücklich überwunden sind und unser Unternehmen als gesund zu bezeichnen ist. Die Zahl der Genossen ist inzwischen auf 192 angewachsen. Im Geschäftsanteile sind 265 voll eingezahlt, außerdem gingen ein annähernd 40 000 M für Teilzahlungen und an Spargeldern. Die ungeheure Geldentwertung bedingte aber trotzdem eine Erhöhung der Geschäftsanteile und schlugen Vorstand und Aufsichtsrat eine Erhöhung derselben auf 2000 M, der Geschäftsführer auf 3000 M vor. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Geschäftsanteile wurde von der Versammlung einstimmig anerkannt und gegen 4 Stimmen, welche noch höhere Anteile wünschten, beschlossen, dem Antrage des Geschäftsführers, der 3000 M vorzuziehen, beizustimmen. Entsprechend diesem Beschlusse erfuhr der § 21 unseres Statutes eine Änderung. Er lautet jetzt: „Jedes Mitglied hat ein Eintrittsgeld von 50 M zu zahlen. Der Geschäftsanteil eines jeden Mitgliedes beträgt 3000 M. Mehr als 100 Anteile in einer Hand sind nicht zulässig. Der Geschäftsanteil soll in der Regel beim Eintritt voll bezahlt werden. Rückstufen sind beim Eintritt 600 M, im ersten Mitgliedsjahre zusammen 1500 M, der Rest im zweiten Mitgliedsjahre zu zahlen. Die Einzahlungszinsen können auch in Monatsraten von 200 M erfolgen. Zum Schluß wurde noch einem Antrage stattgegeben, der die Gründung einer Arbeitskommission für unsere Genossenschaften innerhalb unseres Gewerkschaftsbezirks vorschlug.“

Der Arbeitgeber ist von der Maßung solcher Verfallenspflichtigen befreit, wenn ihn das Ruhen der Mitgliedschaft in der Ersatzklasse vor Ablauf der Meldepflicht nachgewiesen wird.

Die Verordnung soll mit dem 11. Dezember 1922 in Kraft treten, während für die Maßung der Personen, die durch diese Verordnung der Versicherungspflicht neu unterstellt werden, eine Frist bis zum 31. Dezember 1922 gelassen wird. Der oben wiedergegebene § 2 ist geeignet, den Ersatzklassen, wie auch den Ortskrankenkassen eine gewaltige Hilfe bisher üblich gewesener überflüssiger und völlig sinnloser Verwaltungsarbeiten abzunehmen. Die dadurch ersparten Verwaltungskosten dürften insgesamt mit 25—30 Millionen Mark nicht zu hoch beziffert werden.

Bau-Rundschau

Baugewerksmeister und Lehrlingsfrage

Der „Junungsverband deutscher Baugewerksmeister“ hat seinen den Verhandlungsbericht über seine am 6. und 7. September 1922 in Hannover abgehaltene 45. Jahresversammlung veröffentlicht. Bezüglich der Regelung des Lehrlingswesens wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Junungsverband deutscher Baugewerksmeister hält an den altbewährten Grundregeln im Lehrlingswesen fest; er beauftragt seinen geschäftsführenden Ausschuß, die Verhandlungen über eine Neugestaltung der einschlägigen Vorschriften ständig zu überwachen und grundlegende Eingriffe in das bisher geltende Recht dieses Gebiets nachdrücklich abzuwehren. Insbesondere soll der geschäftsführende Ausschuß dafür bemüht bleiben, daß unsere Fachgenossen im Arbeitgeberbund, in den Handwerks- und Gewerbestämmern sowie im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag bei der Aufstellung neuer Richtlinien zur Regelung des Lehrlingswesens die erprobten Grundzüge der Meisterlehre und der berufständigen Fürsorge durch Handwerksstammern und Junungen ungehindert zu erhalten suchen. Bei der Bewertung des kommenden Gesetzentwurfs über das Lehrlingswesen sollen diese Grundzüge den Wertmaßstab bilden.“

An die Kassierer!

Laut § 6 Abs. 4 unserer Satzungen müssen alle größeren Geldebeträge (über 300 M.) sofort nach Vereinnahmung abgeliefert werden. Die Hilfskassierer haben dieselben an den Ortsgruppenkassierer und dieser wieder an den Verwaltungsstellenkassierer abzuliefern. Der Verwaltungsstellenkassierer muß die Gelder sofort an die Hauptkasse einsenden. Geschieht dieses nicht, so wird der Verband außerordentlich geschädigt und die Kassierer setzen sich großer Gefahren aus. Einbrüche und Diebstähle sind heute an der Tagesordnung. Der Hauptvorstand kann die Verantwortung für diese Gefahren nicht übernehmen und ersucht alle Kassierer, die Gelder unverzüglich abzuliefern. Wer diesem nicht nachkommt, muß die Folgen persönlich tragen.

ben, daß unsere Fachgenossen im Arbeitgeberbund, in den Handwerks- und Gewerbestämmern sowie im Reichswirtschaftsrat und im Reichstag bei der Aufstellung neuer Richtlinien zur Regelung des Lehrlingswesens die erprobten Grundzüge der Meisterlehre und der berufständigen Fürsorge durch Handwerksstammern und Junungen ungehindert zu erhalten suchen. Bei der Bewertung des kommenden Gesetzentwurfs über das Lehrlingswesen sollen diese Grundzüge den Wertmaßstab bilden.“

Das bedeutet natürlich die grundsätzliche Ablehnung jeglicher Regelung der Lehrlingsfrage in den Tarifverträgen. Immerhin ist bemerkenswert, daß ein Antrag auf Einspruchserhebung gegen die Annahme der Lehrlingsentscheidungen in die Tarifverträge nicht die genügende Unterstützung fand.

Die Bautätigkeit im November 1922

Nach den Feststellungen im Bauennachweis der „Bauwelt“ wurden im November 696 Wohnungs-, sowie 313 Fabrikbauten fertiggestellt, gegen 4755 Neubauten im November 1921. Im Oktober 1922 wurden von uns 1618 Wohnungs-, und 249 Fabrikbauten veröffentlicht.

Der Rückgang übersteigt jedes Verhältnis erreichte Maß und läßt erkennen, daß die Bauauf- und Baumöglichkeit so gut wie vollständig geschwunden sind. Die Zahl der Bauvorhaben gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres ist nur noch ein Fünftel. Das bedeutet, daß wir praktisch von einer fast vollständigen Einstellung der Bautätigkeit nicht mehr weit entfernt sind. Durch die neuesten Preiszuschläge, die zum Teil bis zu einer Verdoppelung ansteigen, wird diese Bewegung nur noch verstärkt werden.

Die Steigerung der Zementpreise

Vom 1. Dezember ab sind die Zementpreise von neuem erhöht. Im Gebiete des Norddeutschen Zementverbandes nun 120 000 M auf 345 724 M für 10 t, im rheinisch-westfälischen Gebiet nun 110 000 M auf 328 724 M für 10 t, und im Gebiete des Süddeutschen Zementverbandes nun 120 000 M auf 359 724 M für 10 t. Diese Preise stellen rund das 988fache der Friedenspreise dar. Die folgende Zusammenstellung, die wir der „Bauwelt“ entnehmen, veranschaulicht die Preisbewegung für Zement in Mark für 10 000 Kilogramm:

	norddeutsch	süddeutsch	rhein-westf.
1914	350	350	350
1. 4. 1919	955	955	910
1. 1. 1920	1784	1784	1759
1. 3. 1921	3100	3200	3000
1. 2. 1922	6235	6383	5895

	norddeutsch	süddeutsch	rhein-westf.
1. 10.	69 639	71 639	67 639
8. 10.	74 482	80 482	76 482
16. 10.	105 724	107 724	101 724
1. 11.	125 724	129 724	118 724
19. 11.	225 724	218 724	229 724
1. 12.	345 724	359 724	328 724

Zwang zum Arbeiterwohnungsbau in Bayern

Zum Arbeiterwohnungsbau in Bayern müssen, wie die „Dtsch. Allg. Sta.“ berichtet, die Großgewerbebetriebe mit mehr als zwanzig Arbeitern mangels freiwilliger Leistungen durch eine bis zu 100 Prozent der Gewerbesteuer zulässige Gemeindeförderung herangezogen werden. Betriebe des Reiches, der Länder und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die ohnehin den Arbeitern, Angestellten und Beamten Zuschüsse leisten, sind davon befreit. Landwirtschaftliche Großbetriebe mit mehr als zwanzig ständigen Arbeitern bestehen in Bayern wenige. Sie haben landwirtschaftliche Werk- und Mietwohnungen zu beschaffen.

Bekanntmachungen

Winterarbeit auf dem Eichsfelde

Konferenz der Feuerungs- und Schornsteinmaurer, Poliere und Helfer
Dieselbe findet statt in Suderstadt am Sonnabend, den 30. Dezember, morgens 10 1/2 Uhr, im Lokale „Zur Post“ (Ziele, Jüdenstraße. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. J. A.: Erik Stollberg.

Der 1. Eichsfelder Bauarbeiter-Jugendtag

findet ebenfalls in Suderstadt statt am Freitag, den 29. Dezember, morgens 10 1/2 Uhr, im katholischen Jugendheim. Alle jungen Kollegen sind eingeladen. Jahrgeld wird vergütet. Die Verwaltungsstellenvorstände und Leiter der Jugendabteilungen wollen die jugendlichen Mitglieder noch besonders auf den Jugendtag aufmerksam machen.

Allgemeine Verbandskonferenzen auf dem Eichsfelde

- Suderstadt:** Am Sonntag, den 31. Dezember, morgens 10 1/2 Uhr, im Ratskeller (beim Rathaus).
 - Weißeborn-Lübberode:** Am Sonnabend, den 6. Jan. (St. drei Könige), nachmittags 3 Uhr, in der Gastwirtschaft Schilling in Weißeborn.
 - Gaismar:** Ebenfalls am Sonnabend, den 6. Januar, Stunde und Lokal wird in der nächsten Nr. der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben.
 - Leinefelde:** Am Sonntag, den 7. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Lokal „Zur Insel“.
- Es ist dringend erforderlich, daß alle Orte mit mehreren Kollegen auf einer der angegebenen Konferenzen vertreten sind. Jeder wählt zweckmäßig die Konferenz, die ihm am bequemsten gelegen ist.
- Eichsfelder! Tut alles, damit die Konferenzen sich zu eindrucksvollen Kundgebungen unseres Verbandes gestalten!

Die Bezirksleitung.

Winterzahlstelle Ruhlfirchen

Unsere diesjährige Generalversammlung findet statt am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei Gastwirt Moor zu Seibelsdorf. Alle christlich Gesinnten sind eingeladen, besonders jene, die der Zahlstelle fernstehen. Mitgliedsausweise sind am Saaleingang vorzuzeigen.

Der Vorstand.
J. A.: R. Roth.

Sterbetafel.

- Am 15. Oktober starb nach kurzem, heftigem Leiden unser treues Mitglied, der Polier **Wilhelm Müller**, im Alter von 79 Jahren.
Ortsgruppe Rehheim.
 - Am 19. November starb unser Mitglied, der Maurer **Franziskus Jordan**, an Lungentuberkulose im Alter von 27 Jahren.
Ortsgruppe Elberfeld.
 - Am 19. November starb unser treues Mitglied **Heinrich Mengel** aus Fulda im Alter von 56 Jahren an Halsleiden.
Verwaltungsstelle Fulda.
 - Am 22. November starb unser treuer Kollege **Otto Reinhardt** aus Simmershausen im Alter von 45 Jahren an Herzleiden.
Ortsgruppe Treisdorf a. Rh.
 - Am 26. November starb nach kurzem Leiden unser lieber Kollege **Peter Welter** aus Geislar im Alter von 40 Jahren an Rofe.
Wir verlieren in ihm einen zuverlässigen, treuen Mitarbeiter unseres Verbandes.
Ortsgruppe Treisdorf a. Rh.
 - Am 27. November starb unser Kollege **Heinrich Eberhard** im Alter von 66 Jahren.
Verwaltungsstelle Enger.
 - Am 29. November starb infolge Lungenerkrankung unser treuer Kollege, der Maurer **Heinrich Wohlang**, im Alter von 53 Jahren. Sein Eifer und seine Gewissenhaftigkeit als Kassierer sichern ihm ein dauerndes Andenken.
Ortsgruppe Wübenborn.
- Ehre ihrem Andenken!

Sozialversicherung

Änderungen in der Invalidenversicherung.
Die fortwährende Geldentwertung machte es erforderlich, daß auch in der Invalidenversicherung die Lohnklassen nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes neu festgesetzt werden mußten. Es wurden folgende Lohnklassen gebildet:

Lohnklasse	1 bis 7200 M	Wochenbeitrag	20 M
2	7200 — 14 400 M	25	20
3	14 400 — 28 800	30	30
4	28 800 — 50 400	40	40
5	50 400 — 72 000	50	50
6	72 000 — 108 000	65	65
7	108 000 — 144 000	85	85
8	144 000 — 216 000	110	110
9	216 000 — 324 000	145	145
10	324 000 — 432 000	180	180
11	432 000 — 576 000	225	225
12	576 000 — 720 000	270	270
13	720 000 und darüber	320	320

Änderungen in der Krankenversicherung.
Die soziale Ausstattung des Reiches hat sich, wie der „Zeitung“ berichtet, in seiner Sitzung vom 25. November 1922 mit dem Entwurf einer Verordnung über Beitragspflicht, Versicherungsberechtigung und Grundlohn bei den Krankenkassen beschäftigt. Er hat beschlossen:

- Die Grenze des versicherungspflichtigen Einkommens ist auf 72000 M Jahresarbeitsverdienst festgesetzt worden.
- Für den Eintritt in die Versicherungsberechtigung ist der Betrag von 40000 M Jahresverdienst festgesetzt worden.
- Grundlohn. Als niedrigster Grundlohn wurde 600 M, als höchster 1800 M beschlossen.
- Eine für die Mitglieder von Ersatzklassen wichtige Bestimmung enthält der beschlossene § 2 der in Ausführl. genommenen Verordnung. Er lautet folgendermaßen:
Mitglieder von Ersatzklassen, die wegen Ueberstehens der gesetzlichen Beitrags- oder Einkommensgrenze aus der Versicherungspflicht ausgeschlossen sind, aber infolge dieser Verordnung wieder unterstellt werden, bedürfen für das Ruhen der Rechte und Pflichten bei ihrer Krankenkasse keines Antrages. Voraussetzungen ist, daß die Mitgliedschaft am Tage der Verkündung dieser Verordnung besteht, und daß jene Rechte und Pflichten bis zum Ausscheiden aus der Versicherungspflicht gewahrt haben.